(Beginn: 10.21 Uhr)

Begrüßung

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Guten Morgen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle sehr herzlich zur heutigen Tagung der Landschaftsversammlung willkommen.

Sehr herzlich begrüße ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe die Erste Stellvertretende Vorsitzende, Frau Marlene Lubek. Herzlich willkommen, Frau Lubek!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine Damen und Herren, zu dieser 18. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 14. August 2009 eingeladen. Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 23 vom 25. August öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen sind bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigefügt.

B e i s i t z e r

Als Beisitzer für die heutige Sitzung würde ich gerne Herrn Kösling – den sehe ich aber nicht;

(Zurufe von der SPD)

– wo? – ach, dort; Herr Kösling aus Oberhausen ganz links außen, das ist eine Überraschung – und Herrn Lars Oliver Effertz von der FDP nach vorn bitten, die Jungen. Herzlichen Dank.

(Die Beisitzer nehmen ihre Plätze neben dem Vorsitzenden ein)

Anerkennung der Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1, meine Damen und Herren, ist die Anerkennung derselben. Sind Sie mit der Ihnen vorliegenden Tagesordnung einverstanden? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Dann ist die Tagesordnung so **akzeptiert**.

Tagesordnungspunkt 2:

Verpflichtung neuer Mitglieder

Für das aus der Landschaftsversammlung Rheinland ausgeschiedene Mitglied Herrn Paul Heidrich, CDU, ist Herr Rainer Hartmann, CDU, als Nachfolger nachgerückt.

Ich darf die Damen und Herren bitten, sich kurz zu erheben.

(Ein kurz aufbellender Hund wird aus dem Saal geführt)

– Der Ben erhebt sich auch.

Herr Hartmann, ich verpflichte Sie auf gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit. Herzlich willkommen in der Landschaftsversammlung Rheinland.

(Hartmann, CDU: Danke schön! – Allgemeiner lebhafter Beifall)

Tagesordnungspunkt 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

– Antrag Nr. 12/402 CDU-Fraktion –

– Antrag Nr. 12/417 Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN –

Die Anträge liegen Ihnen vor.

Wer den Anträgen die Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Es ist so einstimmig **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 4:

Resolution Ehemalige Heimkinder

– gemeinsamer Antrag aller Fraktionen Nr. 12/415 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner heutigen Sitzung den Antrag beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend dem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen Nr. 12/415 zu beschließen.

Wer wünscht das Wort? – Professor Rolle; dann Kollege Dünner. Zunächst Herr Rolle.

Prof. Dr. Rolle (SPD): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Die Ihnen vorliegende Resolution ist an sich selbstsprechend. Erlauben Sie mir dennoch einige Erläuterungen als Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses und auch der SPD-Fraktion.

Seit einigen Jahren beginnen ehemalige „Heimkinder“, die vom Kriegsende bis in die 70er-Jahre in den damaligen Einrichtungen der sogenannten öffentlichen Erziehung untergebracht waren, ihre Erfahrungen aufzuarbeiten. Sie wünschen sich die Anerkennung ihrer Arbeitszeiten in den Heimen für die Rente und eine öffentliche Entschuldigung der Einrichtungsträger. Und das ist gut so!

Und als Träger mehrerer großer öffentlicher Landesjugendheime müssen und wollen auch wir uns unserer Verantwortung stellen! Auch das ist gut so!

Leider erst im Rahmen der öffentlichen Diskussion zu diesem Thema wurde deutlich, dass Kinder und Jugendliche in den Heimen unter Umständen lebten, die aus heutiger Sicht schlicht inakzeptabel und kaum noch nachzuvollziehen sind.

Wir begrüßen daher die Aktivitäten des vom Petitionsausschuss des Bundestages initiierten Runden Tisches in Berlin. Der LVR selber hatte sich auf Initiative des Landesjugendhilfeausschusses Mitte des letzten Jahres entschlossen, die Geschichte der Heimkinder im Rheinland erforschen zu lassen, also konsequent „vor der eigenen Tür zu kehren“.

Dies geschieht durchaus in dem Bewusstsein, dass möglicherweise auch mit, gelinde gesagt, „unschönen“ Ergebnissen umgegangen werden muss.

Aber, meine Damen und Herren, ich versichere Ihnen für den Landesjugendhilfeausschuss und auch meine Fraktion – und denke, an dieser Stelle auch fraktionsübergreifend –: „Was immer die Forschung ans Tageslicht bringen wird, der LVR stellt sich seiner Geschichte.“

Die in Auftrag gegebene Studie wird uns dabei helfen, uns einer angemessenen Selbstkritik zu unterziehen. Hierbei geht es um die Übernahme moralischer Verantwortung, der Verpflichtung, dazu zu stehen, dass in den damaligen Heimen eine nahezu pure Straf- und Regelpädagogik praktiziert wurde und oftmals Arbeit als pädagogische Straf-Maßnahme missverstanden wurde.

Nachdem die damaligen Bedingungen und Geschehnisse aufgeklärt sind, wird es unsere Aufgabe sein, mit den gewonnenen Erkenntnissen an die Öffentlichkeit zu gehen. Und das sollte möglichst zeitnah geschehen!

Vor allem aber werden auch die politischen Gremien und die Verwaltung des LVR in der Pflicht stehen, sich konkret zu den Wünschen und Erwartungen der Betroffenen zu positionieren.

Eines kann und muss aber schon an dieser Stelle geschehen: Ich möchte für mich persönlich, für den Landesjugendhilfeausschuss und für die SPD-Fraktion, für die ich spreche, ausdrücken, dass ich/wir tief betroffen über die Bedingungen bin/sind, unter denen Kinder und Jugendliche in der fraglichen Zeit in den Heimen im Rheinland, auch in denen des LVR, leben mussten.

Ich bin mir sicher, dass die vorliegende Resolution, die von uns allen getragen wird, ein weiteres, dringend notwendiges Zeichen ist, welches den Betroffenen zeigen soll, dass wir zu unserer Verantwortung stehen!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Herr Professor Rolle. – Jetzt Herr Dünner für die CDU-Fraktion.

Dünner (CDU): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir von der CDU-Fraktion begrüßen auch diese Resolution und freuen uns, dass wir im Kontext mit den anderen Fraktionen zu einem gemeinsamen Resolutionsentwurf kommen konnten.

Ich möchte auf einen Aspekt der Resolution hinweisen, von dem ich denke, dass er besondere Aufmerksamkeit verdient. Wir entschuldigen uns ja nicht nur für die Zustände, die aus damaliger Sicht verheerend waren – es ist ja selbstverständlich, sich dafür zu entschuldigen –, sondern wir entschuldigen uns ja auch für die Zustände, die aus heutiger Sicht sich verheerend darstellen. Ich denke, das ist doch eine deutliche Erweiterung.

Auch wenn das aus damaliger Sicht im Bereich des vermeintlich Normalen war, muss man aus heutiger Sicht sagen, dass wir das nicht mehr als akzeptabel ansehen. Deswegen freuen wir uns, dass alle Fraktionen zu diesem Text gefunden haben und sich für die Geschehnisse auch aus heutiger Sicht entschuldigen. – Danke.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke schön, Herr Dünner. – Herr Peil bitte. Danach Frau Vogel.

Peil (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich finde, heute ist ein ganz besonderer Tag für den LVR – und natürlich auch für die ehemaligen Heimkinder, deren Leiden auch in den Einrichtungen des LVR öffentlich anerkannt werden und bei denen wir uns im Namen aller Fraktionen entschuldigen. Das ist sozusagen ein Meilenstein auf diesem Wege.

Wir wissen – Herr Rolle hat das schon erwähnt –, dass in vielen Erziehungsheimen von den 40er- bis weit in die 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts hinein eine Praxis geübt wurde, in der Freiheitsentzug, psychische und physische Gewalt gegenüber den Jugendlichen als erzieherische Maßnahmen zunächst gefördert, später noch lange geduldet wurden. Auch sexuelle Übergriffe waren nicht selten, und die Ausbeutung der Arbeitskraft der Jugendlichen in den 50er- und 60er-Jahren war an der Tagesordnung; ein Klima der Angst und Gewalt, eine Fülle traumatischer Erfahrungen, die viele der Opfer für ihr Leben geprägt und ihre Lebenschancen deutlich gemindert haben.

Bis heute herrscht die Annahme vor, dass dieser sogenannte Erziehungsstil vor allem durch Menschen umgesetzt wurde, die vom Nationalsozialismus geprägt oder wesentlich beeinflusst wurden. Das mag sein, aber die Geschichte der Demütigung und der psychischen und physischen Gewalt gegenüber den sogenannten Zöglingen reicht wesentlich weiter zurück – bis hinein in die Geschichte der Armenhäuser, der Spinnhäuser, der Arbeitsanstalten. All das gehört mit dazu.

Ich will nicht weit zurückgehen, aber ich möchte daran erinnern, dass schon zu Beginn des vorigen Jahrhunderts die Reformpädagogen die Praxis der damaligen Heime kritisiert haben, die sich nicht wesentlich von der in den 50er-, 60er- und 70er-Jahren unterschied, dass in der Weimarer Republik sich auch schon damals eine wahre Protestfront gegen diese Praxis der Heimerziehung formierte und dass es damals auch schon Heime gab, die ohne all diese Maßnahmen auskamen und deutlich machten, dass man wesentlich anders und erfolgreicher mit Jugendlichen umgehen kann.

Peter Martins Buch „Jungen in Not“, in dem Fürsorgezöglinge selbst zu Wort kamen, 1928 herausgekommen, rüttelte damals die fortschrittliche Fachwelt auf. Übrigens heißt der Herr Peter Martin Lampel. Herr Lampel hat selber als Erzieher in deutschen Heimen gearbeitet und ist danach entschieden für Reformen eingetreten.

Übrigens nur als Nebenbemerkung: Die Prügelstrafe war schon damals verboten, und wir alle wissen, es hat sie bis in die 80er-Jahre hinein gegeben – und zwar nicht als Ausnahme.

In der Zeit nach dem Faschismus, in der das Ganze bis hin zu Jugend-Kz ein bisschen weiterentwickelt wurde, stand es um die Heime in der jungen BRD zunächst kaum anders, sondern genau diese Zustände, die wir heute beklagen und weswegen wir heute tagen, wurden aber schon damals kritisiert.

Eine Wende in dieser Entwicklung fand im Rahmen der Studentenbewegung statt. Damals haben sich insbesondere junge Sozialarbeiterstudentinnen und -studenten auf den Weg gemacht, unterstützt von Professoren wie Mollenhauer, Kappler und Liebel, um diese Praxis zu kritisieren.

Damals schon erschienen die ersten Berichte von Heimzöglingen, wie sie genannt wurden, und

wurden in Buchform veröffentlicht. Damals entstand eine Welle, die heute dazu führt, dass Reformen gegriffen haben, und zwar Reformen in drei Bereichen. Ich darf erinnern: Diese Debatten wurden stets auf den Jugendhilfetagen geführt. Das ging immer sehr wild zu. Die, die etwas älter sind, werden sich erinnern. Der letzte Jugendhilfetag, auf dem das sehr intensiv war, war hier in Köln 1978. Und in diesem Zuge wurde auch eines dieser Mädchenheime in Köln geschlossen, das für solche Praxis berühmt war.

Es gab drei Richtungen der Entwicklung, einmal die Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen. In einer 20-jährigen Debatte wurde das Kinder- und Jugendhilfegesetz geschaffen, indem die Zwangserziehung, das heißt die Spuren des preußischen Zwangserziehungsgesetzes zum ersten Mal gelöscht wurden und in dem es keine Fürsorgeerziehung mehr gab.

Es gab eine Debatte in den Heimen, die dazu geführt hat, dass alle Einrichtungen sich entscheidend verbessert und verändert haben, zum einen durch neue Methoden, durch andere Erkenntnisse und natürlich durch die jungen Menschen, die in die Heime gingen, die jungen Erzieherinnen und Erzieher, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die das verbessert haben.

Aber eines fehlte noch, nämlich die Aufarbeitung der Geschichte dieser Heime, das Bekenntnis zu dieser pervertierten Erziehungspraxis in den Heimen und eine klare Entschuldigung und Schritte zur Wiedergutmachung.

Diesen Schritt tun wir heute. Deswegen glaube ich, dass es ein ganz besonderer Tag für den Landschaftsverband und für die ehemaligen Heimzöglinge ist. Daher bin ich ganz besonders froh, dass sich alle Fraktionen entschlossen haben, dem zuzustimmen. Ich denke, das wird eine entsprechende Resonanz haben. – Vielen Dank.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke, Herr Peil. – Frau Vogel bitte. Danach Herr Busche.

Frau Vogel (FDP): Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Worten meiner Vorredner habe ich eigentlich nichts hinzuzufügen. Ich möchte nur für die FDP-Fraktion sagen: Wir stehen vollinhaltlich hinter dieser Resolution. – Vielen Dank.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Herr Busche.

Busche (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich unterstützt Die Linke. im LVR die Resolution. Trotzdem wagen wir neben der Würdigung auch ein paar kritische Anmerkungen.

Wir hätten uns zum Beispiel gewünscht, dass die Antragsteller sich wenigstens die Mühe gemacht hätten, eine eigene Sprache für die Entschuldigung zu finden. Stattdessen haben sie die Resolution des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen wortwörtlich übernommen.

Das Los vieler Kinder und Jugendlicher in den 50er- und 60er-Jahren in Heimen auch des LVR ist – und wir finden das nicht nur aus heutiger Sicht – erschütternd. Oft wurden sie wegen Nichtigkeiten von den Jugendämtern in Heime verwiesen. Der Grund war oft sogenanntes abweichendes Verhalten oder Unangepasstheit.

Die Kinder und Jugendlichen waren in den Heimen schutzlos Erziehungs-, Disziplinierungs- und Züchtigungsmaßnahmen ausgeliefert, die getrost als verbrecherisch bezeichnet werden können und die die Konsequenz eines Heimerziehungssystems waren, das noch in der Tradition der Nazizeit stand.

Die Entschuldigung ist richtig, kommt aber trotzdem viel zu spät. Es ist dennoch wichtig, dass wir alle als Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland sie endlich geben. Sie bedeutet hoffentlich für die Betroffenen, die vielfach ihr Leben lang unter den Folgen der damaligen Erziehungsmethoden gelitten haben, dass sie nun etwas leichter einen Weg finden können, versöhnlicher mit ihren Wunden und Ängsten aus dieser Zeit umzugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können mit dieser Entschuldigung schlimmes Unrecht nicht heilen; wir können die Verletzungen nicht rückgängig machen. Wir können ihnen nur versichern: Nichts vergessen und niemand.

Neben der öffentlichen Entschuldigung fordern die ehemaligen Heimkinder finanzielle Entschädigung für die erlittenen Qualen und die Anerkennung ihrer Arbeitszeiten im Heim für die Rente. Jugendliche und junge Erwachsene haben in den 50er- und 60er-Jahren in Heimen schwere körperliche Arbeit verrichtet und hierfür keinen bzw. wenig Lohn erhalten. Arbeitsverhältnisse wurden bundesweit erst ab 1972 sozialversicherungspflichtig behandelt.

Hier bleibt die Resolution leider sehr vage. Es ist lediglich die Rede davon, dass der LVR das in seinen Möglichkeiten Liegende tun will. Wenn wir als Maßstab die Millionen nehmen, die als Unterstützung für die WestLB möglich waren, wäre es doch eine gute Nachricht für die Betroffenen. Allein: So wird's dann wohl doch nicht gemessen werden.

Die Linke. erinnert daran, dass eine Prüfung über finanzielle Entschädigung der Opfer Konsens gewesen ist, und mahnt hier Eile an. Unwürdiges Gezerre und ein bewusstes Verzögern der Auszahlung wie bei der Entschädigung der Zwangsarbeiter/-innen würde die Betroffenen erneut verhöhnen – und das will ja keiner von uns.

Die vom LVR finanzierte Studie zum Schicksal der ehemaligen Heimkinder ist ein begrüßenswerter Ansatz. Es fehlt uns dort allerdings die Beschäftigung mit den Nutznießern der Misshandlungen; denn es ist eine Aufgabe des Respekts, die Frage zu klären, welche Firmen von den Praktiken profitiert haben und wie sie heute zu ihrer Verantwortung stehen.

Wir erwarten, dass der LVR sich mit den Firmen in Verbindung setzt, damit sich diese an der Entschädigung beteiligen.

Es sei an dieser Stelle auch darauf hingewiesen, dass erst die Generation der gegenwärtig zunehmend angefeindeten 68er mit ihrer Autorität-infrage-stellenden-Haltung ein Umdenken geschaffen hat in der von Ordnung, Disziplin, Gehorsam, Fleiß und Sauberkeit dominierten Heimerziehung.

Vieles, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist inzwischen besser geworden. Aber wir müssen wachsam bleiben; denn es gibt immer wieder Aufrufe zur Wiedereinführung repressiver Erziehungsmethoden. Wir erinnern dabei an die unselige Forderung zur Einrichtung von sogenannten Bootcamps mit ihren der Heimerziehung der 50er- und 60er-Jahre verwandten Praktiken.

Bleibt anzuführen, dass behinderte Heimopfer in der Resolution nicht ausdrücklich erwähnt werden, aber hoffentlich dennoch einbezogen sind, da diese Menschen doch ganz besonders wehrlos den grausamen Methoden der damaligen Heimerziehung ausgeliefert waren.

Vielen Dank für Ihre Konzentration und Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer dem Antrag Nr. 12/415 die Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5:

Neufassung der Betriebssatzung der LVR-Kliniken

– Vorlage Nr. 12/4530 –

Der Landschaftsausschuss, meine Damen und Herren, hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage beraten und empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 12/4530 einschließlich dem Beratungsergebnis des Landschaftsausschusses zu beschließen.

Der Landschaftsausschuss schlägt Ihnen vor, dass kurz in einem fünfminütigen Vortrag wegen der Bedeutung der Angelegenheit die Verwaltung, hier vertreten durch Frau LVR-Dezernentin Lubek, in diesen Tagesordnungspunkt einführt. Danach möchte ich die Mitglieder der Landschaftsversammlung fragen, ob sie dazu Stellung nehmen wollen.

Wenn Sie einverstanden sind, darf ich Frau Lubek bitten, das Wort zu nehmen. Bitte!

(Paßmann, FDP: Fünf Minuten, Frau Lubek! – LVR-Dezernentin Lubek auf dem Weg zum Rednerpult: Schau'n wir mal!)

LVR-Dezernentin Ulrike Lubek (Dezernat 8: Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen): „Es kommt letztlich nicht so sehr darauf an, die Zukunft vorauszusagen, als vielmehr, auf sie vorbereitet zu sein." So Perikles.

Mit der Ihnen heute zur Beschlussfassung vorgelegten Neufassung der Betriebssatzung für die LVR-Kliniken und der entsprechend geänderten Zuständigkeits- und Verfahrensordnung sind wir gut auf die Zukunft vorbereitet. Diese Regelwerke bilden letztlich die organisatorisch-strukturelle Basis zur Sicherung der Zukunft unserer Kliniken – dies in klarer Orientierung an drei Grundprinzipien.

Erstens. So viel dezentral wie möglich, so viel zentral wie nötig. Die Regelwerke manifestieren eine ganz deutliche Ausweitung der unternehmerischen Verantwortung der Betriebsleitungen, indem sich Träger wie aber auch politische Gremien konsequent aus operativen Geschäftsfeldern zurückziehen.

(Vereinzelte Zustimmung)

Zweitens. Es werden klare und gebündelte Steuerungsstrukturen definiert; dies sowohl im Verantwortungsbereich des Trägers als auch bezüglich der politischen Gremien.

Drittens. Die Satzung konstituiert den LVR-Klinikverbund. Die Gemeinschaft der LVR-Kliniken verfügt über ein imposantes Kompetenzpotenzial. Durch den Aufbau neuer Leitungs-, Führungs- und Steuerungsstrukturen und die Auslotung wie Definition klinikübergreifender Themen, Strukturen und Netzwerke wird dieses weiter gestärkt.

Geleitet von der Überzeugung, dass das Nötige letztlich auch möglich ist, haben wir alle in den vergangenen zwei Jahren in für mich bislang beispiellos intensiver und gleichzeitig aber auch konstruktiver Zusammenarbeit von Kliniken und Trägerdezernaten einerseits, Politik und Verwaltung andererseits ganz wichtige Reformschritte erarbeitet; im Konsens aller in der Landschaftsversammlung vertretenen Fraktionen haben Sie damit, verehrte Damen und Herren, die Leitplanken eines Reformwerks beschlossen, das nunmehr in der Neufassung der vorgelegten Regelwerke seinen normativen Ausdruck findet.

In der Verantwortung für die psychisch kranken Menschen im Rheinland ebenso wie aus der Verpflichtung gegenüber unseren Klinikmitarbeiterinnen und -mitarbeitern haben wir Veränderungen erarbeitet, die einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, eine hohe fachliche Qualität in der Patientenbetreuung zu sichern und eine nachhaltig ausgeglichene Kosten- und Ertragssituation zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, mit Ihrer Zustimmung zu diesen Änderungen nehmen Sie insofern eine Weichenstellung vor, die die öffentliche Trägerschaft von Kliniken wieder zum Erfolgsmodell machen und auch anderen zum Vorbild gereichen wird.

Ich kann letztlich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber ich kann soviel sagen: Es muss anders werden, wenn es gut werden soll!

Das vorbereitete Reformwerk leitet viel Veränderung ein. Es wird also anders. Damit es aber gut wird, werden wir weiter miteinander daran arbeiten, die normierte Struktur auch entsprechend der geeinten Philosophie zu leben, sie auch gemeinsam zu beleben.

Mit Ihrer Beschlussfassung legen Sie letztlich einen ganz großen Schritt auf dem Weg dieses notwendigen Veränderungsprozesses für die LVR-Kliniken zurück. Aber wir sind damit noch nicht am Ziel. Angesichts der vor uns liegenden Herausforderungen - vor allem in finanzwirtschaftlicher Hinsicht - wird Ihre Entschiedenheit, Ihr Durchsetzungswille auch noch in diesem Jahr gefordert werden. Als „Appetizer" nenne ich nur den noch ausstehenden Beschluss zur Mustergeschäftsordnung der Klinikvorstände. Es geht also weiter. Und da wird die Zeit natürlich mal wieder eng werden.

Aber bei aller Ihrerseits erkennbaren Bereitschaft, nun ja auch an ungewöhnlichen Terminen noch zu tagen, vielleicht eine Anmerkung: Zwischen Weihnachten und Neujahr möchte ich ganz gern Ski fahren.

(Allgemeine Heiterkeit und Zurufe)

Also, meine Damen und Herren, ich hoffe auf Ihre Zustimmung zu den präsentierten Vorlagen; dies im Namen all derer, die an den vielen Themen dieses Regelwerks so engagiert, teilweise ja sogar leidenschaftlich gearbeitet haben. Damit meine ich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Trägerdezernate, des meinigen natürlich ganz besonders – ich sehe die Mitarbeiter/-innen gar nicht; sie sind schon wieder an der Arbeit –, der Kliniken und auch des Gesamtpersonalrats.

Ich bedanke mich – zunächst mal nur für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Frau Lubek. – Das Wort wünscht zunächst Herr Professor Rolle.

Prof. Dr. Rolle (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr LVR-Direktor, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wenn die Verwaltung schon mit Perikles anfängt,

(Allgemeine Heiterkeit und Zustimmung)

sollte man vielleicht kontern. Gestern habe ich Sophokles gehört: „Wer Angst hat, hört es überall rascheln."

(Paßmann, FDP: Burkhard Hirsch, ja!)

Ich denke, diese Angst vor Veränderungen in der Verwaltung hat uns diese LVR-Dezernentin – dazu später – ausgetrieben.

Ich versuche, es also kurz zu machen, so kurz es in Anbetracht der anstehenden, für den LVR als aus unserer Sicht „sehr bedeutsam" zu bezeichnenden Beschlüsse eben geht !

Die Gestaltungsmehrheit hatte sich für die laufende Periode unter anderem ein großes Ziel gesetzt: „Die Kliniken fit machen für die Zukunft." Und um es vorwegzunehmen: Auch dieses Ziel hat die Gestaltungsmehrheit mit der heute anstehenden Beschlussfassung erreicht.

Und die gelungene Umsetzung dieses „Ertüchtigungsprozesses" ist in der Tat beispielhaft, und zwar als gelungenes Beispiel für die Veränderungsbereitschaft und Veränderungskraft öffentlicher Verwaltung – aus folgenden Gründen:

Erstens. Ausdrücklicher Wunsch insbesondere meiner Fraktion war es, die landauf, landab in Mode geratene Privatisierung der Krankenhauslandschaft zu verhindern; ein Meilenstein, den uns auch die Gewerkschaften hoffentlich danken werden.

Über das berechtigte Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinaus war es aber auch unser Ziel und Wunsch, da wir – ohne dabei auch die wirtschaftlichen Interessen aus den Augen zu verlieren – der festen Auffassung sind, dass für eine optimale Versorgung der Menschen in unseren Kliniken die öffentlich-rechtliche Organisationsform der in erster Linie auf Profit orientierten privaten Rechtsform vorzuziehen ist – ein ganz wichtiger Gesichtspunkt, in dem letztendlich fraktionsübergreifend Einigkeit erzielt werden konnte.

Und deshalb an dieser Stelle – meine „grünen" Freunde und Freundinnen mögen mir da verzeihen – ein ganz besonderer Dank an die Fraktionen von FDP und CDU.

Eine solche Entscheidung hier einhellig und das im Lichte des Geistes der Gesetzgebung der schwarz-gelben Landesregierung zu § 107 GO so zu treffen, damit hatten wir nicht so ohne Weiteres gerechnet.

(Beifall bei SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Es zeigt einmal mehr, dass Politik beim LVR geprägt ist vom Interesse am Wohl der uns anvertrauten Menschen – und zwar fraktionsübergreifend!

Beispielhaft auch, weil wir es geschafft haben, die innere Struktur auf den Kopf zu stellen. Politik gibt Zuständigkeiten an Träger und Kliniken; Träger gibt Zuständigkeiten an Kliniken. Dies alles sowie die Installierung eines letztendlich verantwortlichen Vorstandsvorsitzenden werden es ermöglichen, hemmende Verzögerungen in den Prozessen abzubauen; denn „fit" ist nur, wer schnell und kompetent entscheiden kann.

Dass die Vielzahl von bisherigen Beteiligungspflichten in Verwaltung und Politik oftmals dazu geführt haben, dass wirklich gute Projekte wegen

des langen Vorberatungszeitraumes geplatzt sind – dazu darf und soll es nicht mehr kommen. Das ist der tiefere Sinn aller hier zu fassenden Beschlüsse.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, man wird sich noch wundern, wie „revolutionär" im Vergleich zur bisherigen Vorgehensweise die vorliegenden Beschlüsse sind: Ein Klinikvorstand, der noch als Betriebsleitungsmitglied mehr Freiheit und Kompetenz eingefordert hat, muss nun tatsächlich eigenverantwortlich für seine Entscheidung einstehen. Mit dem Hinweis auf träge Verwaltung und Politik können sich die Vorstände jetzt nicht mehr ohne Weiteres entschuldigen.

Aber ich bin mir sehr sicher, dass nach kurzer Umgewöhnungszeit die neue Kompetenz und Freiheit von starken Vorständen und Vorstandsvorsitzenden zielführend umgesetzt wird. Die aufwendigen Assessment-Center zur Auswahl der Vorstandsvorsitzenden und deren Ergebnisse lassen mich da ganz gelassen und vertrauensvoll in die Zukunft blicken.

Der Träger – einschließlich der Querschnitte! – wird sich ebenfalls daran gewöhnen müssen, zukünftig bei Personal-, Finanz- und Bauangelegenheiten nicht mehr gefragt zu werden. Zurzeit bestimmt er noch – unvorstellbar für den einen oder anderen Mitarbeiter hier in Deutz.

Und dann natürlich wir selbst, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir werden uns noch wundern.

Was die Zuständigkeiten im Hinblick auf die politische Steuerung angeht, ist nicht die Frage der Anzahl der Krankenhausausschüsse relevant. Dort macht gerade im Hinblick auf die Kombination von Fach- und Betriebsausschuss die Anzahl vier durchaus Sinn.

Nein, hier steckt die Revolution in der Aufgabenverlagerung der Querschnittsbereiche; denn fast alle langwierigen Prozesse im Hinblick auf Personal-, Bau- und Finanzangelegenheiten haben wir allein in die Verantwortung der Krankenhausausschüsse bzw. des Gesundheitsausschusses gelegt.

Dies wird hoffentlich die einzelnen Prozesse in eklatanter Weise beschleunigen und stärkt vor allem den Entscheidungsträgern vor Ort den Rücken. Ein wirklich guter Wurf! Ich bin sicher, dass wir mit unseren heutigen Beschlüssen den richtigen Rahmen gefunden haben, der nun schnellstmöglich mit Leben gefüllt werden muss.

Dass wir diesen Prozess in diesem Tempo zum Abschluss bringen konnten, verdanken wir der mutmaßlich rheinischsten Westfälin in Nordrhein-Westfalen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Unermüdlich hat Ulrike Lubek gearbeitet, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stark strapaziert und uns Politiker auch immer wieder und vor allem beharrlich in die Pflicht genommen! Es hat sich gelohnt! Dir, liebe Ulrike, und Deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlichen Dank für die Bewältigung dieses Kraftaktes.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Dank aber auch an die „Querschnitts"-Betroffenen, an Renate Hötte, Herrn vom Scheidt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre große Unterstützung, sowie an die Landesdirektoren Udo Molsberger und Harry Voigtsberger, die dieses Vorhaben nicht nur zugelassen haben – nach dem Motto „Macht mal" –, sondern – insbesondere Letztgenannter – aktiv, kritisch und unterstützend begleitet haben.

Dank vor allem auch an die Kommission „Zukunftssicherung der LVR-Kliniken", die nunmehr Vergangenheit ist. Alle Fraktionen, mal mehr oder weniger unter Druck, haben dort konstruktiv und im Interesse nicht nur „einer guten", sondern „der besten" Lösung manches Mal hart miteinander gerungen, aber immer konstruktiv zusammengearbeitet.

Dass dies auch immer in der angemessenen Weise möglich war, verdanken wir dem Vorsitzenden. Lieber Bernd Paßmann, Dir ein ganz herzliches Dankeschön für die ausgewogene und stets freundliche Art der Leitung der Kommission.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Uns allen wünsche ich, dass wir das anstehende Wochenende unbeschadet überstehen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Und jetzt komme ich ins Bankenfach, das ich gelernt habe. Insbesondere wünsche ich meiner Fraktion statt dem „expected loss“ ein „unexpected profit“! Ich hoffe, dass es funktioniert.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Herzlichen Dank!

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Rolle. – Frau Eckenbach für die CDU-Fraktion, bitte schön.

Frau Eckenbach (CDU): Herr Dr. Rolle, mit dem Letzten kann ich nicht kontern, weil ich keine Bankerin bin. Insofern gestatten Sie mir an der Stelle, dass ich darauf nicht eingehe.

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Herr LVR-Direktor! Ich habe mich bemüht, an den Anfang zu gehen. Die Ausgangslage war, zunächst einmal diesen Schritt zu wagen, die Zukunftskommission zu gründen und diesen Weg überhaupt zu beschreiten.

Um als wettbewerbsfähiges Unternehmen am Markt agieren zu können, muss der LVR in seinen Entscheidungen schneller werden. Dies kann unseres Erachtens dadurch erreicht werden, dass die in Entscheidungen einbezogenen Ebenen und Instanzen auf ein sinnvolles Maß reduziert werden (BDO-Gutachten aus dem Jahre 2007). „Business is local“ ist das, was wir ja in der „Kommission Zukunftssicherung“ immer wieder gehört haben. Das war eigentlich der erste Schritt. Das war Neuland im Landschaftsverband. Es war ein ganz neuer Weg.

Frau Lubek hat uns diesen Weg aufgezeigt. Wir sind ihn alle mitgegangen. An der Stelle hat Herr Dr. Rolle recht. Er hat auch recht darin, dass er sagt: Wir waren uns relativ schnell einig, dass wir nicht in die privatrechtliche Form gehen, wie es Niedersachsen uns letztendlich vorgemacht hat.

(Paßmann, FDP: Schleswig-Holstein!)

Und es war ja Niedersachsen, das eben halt hier in die GmbH hineingegangen ist. Insofern war das etwas, was auch bei uns als Grundlage gesehen wurde. Aber sehr schnell wurde auch mit den Gewerkschaften hier im Hause und mit dem Personalrat Einigung an der Stelle erzielt und sehr schnell den Mitarbeitern gesagt: Diesen Weg werden wir nicht mitgehen.

Wir werden heute eine Betriebssatzung verabschieden und neue Strukturen nicht nur auf Verwaltungsebene beschließen, sondern hiervon sind in der Tat auch Klinikleitungen betroffen. Und natürlich werden wir ebenso politische Entscheidungswege heute in eine neue Ordnung bringen.

Ich darf für die CDU-Fraktion heute noch einmal deutlich machen, wo für uns ganz wichtige Punkte sind. Sie fangen in der Präambel an. Die Präambel der Betriebssatzung – und es ist, glaube ich, nicht immer üblich, dass man einer Betriebssatzung so etwas anfügt – bekennt sich ausdrücklich in der Neufassung für die Kliniken zu ihrer Verantwortung, eine qualitativ hochwertige, gemeindenahe und differenzierte psychiatrische Versorgung für die Menschen im Rheinland zu gewährleisten.

Dass zur Erreichung dieses Zieles eine Beteiligung der Kliniken als regionale Dienstleistungs- und Kompetenzzentren für seelische Gesundheit an der Weiterentwicklung der psychiatrischen sowie psychosozialen Versorgungsstrukturen gehört, sich in ihren Regionen zu beteiligen, halten wir auch im Sinne der Menschen, für die wir uns verantwortlich fühlen, für eine herausragende Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Aber es gibt natürlich noch drei weitere Punkte, die ich darüber hinaus für die CDU-Fraktion heute als wichtig empfinde, nämlich

erstens ist das Ziel, kurze Entscheidungswege und schlanke Strukturen zu schaffen, hiermit zunächst einmal erreicht.

Zweitens. Chancen, die durch den Klinikverbund zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit festgeschrieben sind – auch sie werden wir heute hier festsetzen.

Und – das finde ich eine ganz wichtige Aussage –, nämlich die Sicherung der Arbeitsplätze für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird durch diese Reform auch zukünftig gesichert. Das ist etwas, was wir den Mitarbeiterinnen und Mitar-

beitern in den Kliniken mit auf den Weg geben; denn es wird ja nicht weniger Arbeit auf sie zukommen, sondern es wird ja eventuell sogar mehr und andere Arbeit auf sie zukommen. Aber die Sicherung des Arbeitsplatzes ist etwas, was wir hier als Grundlage auch sehen, die wir mit dieser Reform schaffen.

Aber – Herr Dr. Rolle hat das zu Recht gesagt – es ist der erste Schritt. Wir verabschieden heute ein Papier, also einen erst einmal theoretischen Ansatz. Diese sehr umfangreiche Reform muss allerdings auch mit Leben gefüllt, also umgesetzt werden.

Wir bitten daher die Verwaltung, nach einem angemessenen Zeitraum einen dezidierten Erfahrungsbericht auch der Politik vorzulegen; denn wir alle wissen, Theorie ist das eine, Praxis das andere. Also wir möchten natürlich auch gerne an der weiteren Umsetzung dieses großen Reformpaketes beteiligt bleiben.

Gleiches gilt für die neu abzuschließenden Arbeitsverträge mit den Chefärzten bzw. Vorstandsmitgliedern. In der Verwaltungsvorlage wird eine Verkürzung der neu abzuschließenden Arbeitsverträge von bisher fünf auf jetzt vier Jahre festgelegt. Wir alle wissen: In Westfalen gilt das sogar auf sechs Jahre befristet. Es ist also noch ein sehr vager Prozess, den wir hier einleiten.

Um aber zu vermeiden, dass eine Verkürzung dazu führt, hoch qualifizierte Interessenten für unsere Kliniken, die wir dort brauchen, nicht zu bekommen, bitten wir auch hierüber um Erfahrungsberichte. Gegebenenfalls bitten wir heute darum, dass über eine Neujustierung schon nachgedacht werden kann. Auch das, denke ich, muss heute gestattet sein, wenn wir über diesen Bereich reden.

Ich möchte aber auch einen besonderen Dank aussprechen. Dieser Dank gilt der Verwaltung, hier insbesondere Frau Lubek – Sie sind schon genannt worden –, aber ich darf auch Herrn Heister hier heute noch einmal erwähnen;

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

denn ich glaube, ohne ihn wäre es nicht möglich gewesen, dass wir in dieser Reform so weit gekommen sind.

Das gilt natürlich auch für Ihre weiteren Mitarbeiter.

Hier darf ich den Dank auch an das übrige Kollegium und an den Landesdirektor weitergeben; denn man gibt ja Bereiche ab. Herr Dr. Rolle hat schon darauf hingewiesen. Ich glaube, es gab auch einige schwierige Verhandlungen innerhalb des Kollegiums der Verwaltung. Aber wir sehen: Wir werden diese Satzung heute gemeinsam verabschieden.

Zwei Tage vor der Entscheidung, wer und wie in den nächsten fünf Jahren die politischen Vorgaben in den Kommunen bestimmt, eine so große Reform zu beschließen – seien wir ehrlich –, wer von uns allen hätte dies – Sie hatten das heute Morgen, Herr Peil schon einmal gesagt – eigentlich geglaubt?

Es bleibt festzuhalten, dass im gesamten Prozess alle Fraktionen das gemeinsame Ziel verfolgt haben, zum Wohle der uns anvertrauten Menschen den LVR auf hoffentlich kräftige und neue Beine zu stellen. Wir gehen davon aus, dass Sie in absehbarer Zeit gemeinsam feststellen: Der neue Klinikverbund des LVR ist der kompetente und moderne Dienstleister für die uns anvertrauen Menschen!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Frau Eckenbach. – Jetzt hat Frau Asch das Wort; danach Frau Dr. Schreiber.

Frau Asch (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! „There is no Alternative“ hat Margaret Thatcher immer gesagt. Das hat ihr, wie wir alle wissen, den Spitznamen „TINA“ eingebracht. Sie hat es gesagt, wenn sie einmal wieder auf die scheinbare Notwendigkeit hingewiesen hat, bisher staatliche Aufgaben der Daseinsvorsorge zu privatisieren.

Wir sagen heute gemeinsam: Es gibt eine Alternative. Wir beschließen sie heute. Wir bringen dieses Reformwerk, das wir gemeinsam sehr intensiv in den letzten Jahren beraten haben, heute zum Abschluss. Es gibt eine Alternative zur

Privatisierung. Und wir haben gezeigt, dass es möglich ist, die Kliniken zu modernisieren, Verwaltungsabläufe zu straffen, ohne dass wir unsere Häuser sozusagen den Heuschrecken preisgeben, ohne dass wir unsere Häuser aus der Rechtsform, die sich bewährt hat, entlassen.

Ich glaube, das ist besonders wichtig. Das ist auch ein ganz wichtiges Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und dieses Signal ist deswegen so wichtig, weil es zeigt, dass wir uns im Landschaftsverband fraktionsübergreifend und mit der Verwaltung darüber im klaren sind, dass das Personal unsere wichtigste Ressource ist.

Wenn wir diesen Anspruch, „Qualität für Menschen“, gut zu sein in dem, was wir tun, in unseren Aufgaben, ernst nehmen und ihn umsetzen wollen, heißt das, dass wir das nur mit den Menschen, die hier arbeiten, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verwirklichen können. Deswegen: Das Personal ist unsere wichtigste Ressource.

Deswegen sagen wir: Wir wollen nicht wie die Heuschrecken übers Land gehen, die darüber herfallen, sondern eher wie die ökologischen Landwirte unser Feld bestellen, ohne dass das Gift des Ausstiegs aus den Tarifverträgen oder des Personalabbaus oder der Leistungsverdichtung wirksam wird.

Wir wollen den besten Ertrag für unsere Kunden. Dafür brauchen wir motivierte Mitarbeiter/-innen, die wissen, dass sie hier beim Landschaftsverband einen sicheren Arbeitsplatz haben.

Meine Damen und Herren, wir wissen, die Wirtschaftlichkeit unserer Kliniken – und das sollten wir bei all dem, was wir uns jetzt vorgenommen haben und womit wir ja sehr viel Hoffnung verbinden, dass wir vor allen Dingen in wirtschaftlicher Hinsicht in der Zukunft besser aufgestellt sind –, diese wirtschaftlichen Bedingungen bestimmen nicht wir, sondern sie werden von den bundespolitischen Rahmenbedingungen bestimmt.

Wir wissen, dass mit Budgetierung und anderen Kürzungen im Gesundheitsbereich insbesondere auch die Kliniken in den letzten Jahren immer kürzer gehalten werden. Wir können gegensteuern; wir können möglichst optimale Strukturen entwickeln. Das haben wir getan. Wir bringen das heute auf den Weg. Aber wir brauchen die optimalen, die bundespolitischen guten Rahmenbedingungen, eine ausreichende Finanzierung der Kliniken, um unser Ziel der Wirtschaftlichkeit erreichen zu können. Das sollten wir nicht aus dem Auge verlieren.

Meine Damen und Herren, mir ist besonders wichtig: Warum tun wir das alles? Warum nehmen wir diese Reform jetzt in Angriff? Dabei geht es zum einen um die wirtschaftliche Seite. Aber die Kliniken sind ja kein Selbstzweck, sondern sie dienen dazu, psychisch kranken Menschen die optimale Versorgung zu ermöglichen. Wir wissen: Auch da müssen wir besser werden. Wir wissen auch, wie wir das erreichen können: indem wir uns in die Gemeinde hinein stärker vernetzen.

Auch das ermöglicht die Reform, die wir jetzt auf den Weg gebracht haben. Wir geben den Häusern mehr Freiräume, sich stärker mit Anbietern der Gemeindepsychiatrie, mit Anbietern der ambulanten, der teilstationären Versorgung zu verbinden, die vor Ort arbeiten. Es ist notwendig und wichtig, dass wir diese Kooperationsstrukturen zwischen der Gemeindepsychiatrie und der stationären Psychiatrie noch besser ausbauen. Wir wissen, wir müssen darin besser werden.

Diese Reform ermöglicht es auch, dass es zu gemeinsamen Trägerschaften kommt und wir in dieser Richtung der Kooperation in der Gemeinde – medizinische Versorgungszentren sind ein Stichwort – einen Schritt weiter vorangehen können.

Wir haben heute einen Prozess abgeschlossen, in dem wir sehr intensiv beraten haben und den wir heute sozusagen in Form von Betriebssatzungen, Verfahrens-/Zuständigkeitsordnungen auf den Weg bringen. Wir wissen aber auch – ich bin Frau Eckenbach dankbar, dass sie noch einmal aufgegriffen hat, was ich gestern schon im Gesundheitsausschuss sagte –: Keine Satzung, keine Zuständigkeits- und Verfahrensordnung ist in Stein gemeißelt. Wir haben jetzt etwas Neues, etwas Mutiges entwickelt. Aber das, meine Damen und Herren, muss sich natürlich in der Praxis bewähren.

Wir sollten uns alle darüber im klaren sein – auch wenn wir jetzt sehr viel Arbeit hineingesteckt haben; das gilt insbesondere für die Verwaltung –, dass wir offen sein sollten. Wenn sich

dieses Regelwerk in der Praxis nicht darin bewährt, dass unsere Kliniken nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in ihrer konkreten Arbeit inhaltlich besser aufgestellt sind, dann müssen wir die Größe und den Mut haben, nachzujustieren und nachzubessern.

Ich denke, das haben wir jetzt in der bestmöglichen Form entwickelt. Aber wenn sich zeigt, dass es sich nicht in der Praxis bewährt, muss man die Offenheit haben, noch einmal daranzugehen. Es ist wichtig, dass wir uns darüber im klaren sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte zum Schluss noch einmal – es ist schon viel gedankt worden – ausdrücklich insbesondere der Verwaltung danken. Wir – alle die, die schon länger dabei sind – wissen: Dieser Prozess, der jetzt gelungen ist, ist einer, den wir seit Jahren, zum Teil schon seit Jahrzehnten, angemahnt haben: Nehmt die Querschnitte für die fachliche Arbeit stärker heraus! Macht die Verwaltung schlanker! Macht die Entscheidungswege kürzer! All das, was immer wieder formuliert wurde, ist in den letzten zwei Jahren aufgegriffen worden.

Und, Frau Lubek, dafür möchte ich Ihnen in besonderer Weise danken. Seitdem Sie da sind – wir haben den Beschluss vorher gefasst; das wissen wir –, seit Februar 2007, haben Sie, die LVR-Dezernentin Lubek, diese Aufgabe in vorbildlicher Art und Weise angepackt. Wir wissen, dass Sie manche Abend- und Nachtstunde und manches Wochenende darauf verwandt haben, diese Arbeit umzusetzen. Dafür gilt Ihnen ausdrücklich auch Dank von unserer und von meiner Seite.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Aber es ist nicht nur die Fachdezernentin, sondern auch die Dezernenten, die die Querschnitte vertreten, haben natürlich eine ganz wesentliche Aufgabe beigesteuert. Sie haben nämlich auf Kompetenzen verzichtet. Wir wissen alle, das ist nicht leicht.

Deswegen der ausdrückliche Dank an Sie, Frau Hötte, die Sie das in Ihrer damaligen Position und auch jetzt als zuständige Finanzdezernentin vorbereitet haben. Mein Dank gilt in dieser Hinsicht auch Herrn Frank vom Scheidt. Sie haben beide Kompetenzen in die Fachabteilung abgegeben. Wir sind dankbar dafür, dass das möglich war.

Ich kann nur sagen: Ich bin stolz auf dieses neue junge Team, das diese Aufgabe angepackt hat. Ich glaube, das alte Sprichwort „Neue Besen kehren gut“ hat sich an diesem Beispiel wieder bewahrheitet.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte allen danken – insbesondere auch der Opposition –, dass wir sehr konstruktiv einen sehr schwierigen Sachverhalt miteinander beraten haben.

Ich denke, wir haben heute eine wichtige Reform auf den Weg gebracht, und ich kann nur unseren Kliniken, den psychisch kranken Menschen, für die sie da sind, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und uns als Landschaftsverband insgesamt wünschen, dass unser Bemühen von Erfolg gekrönt sein wird. – Danke.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Vielen Dank, Frau Asch. – Frau Dr. Schreiber; danach Herr Detjen.

Frau Dr. Schreiber (FDP): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Respekt vor den uns anvertrauten Menschen gebietet es, dass wir uns einer Privatisierung unserer Einrichtungen nur um der Zahlen willen entgegenstemmen.

Jetzt will ich doch auch noch was Englisches sagen. Ich habe ja mal für eine amerikanische Beratungsfirma gearbeitet, das Stanford Research Institute. Immer wenn wir Firmen besucht und beraten haben, war die Frage, die von den Amerikanern zwingend gestellt wurde: „Where is the benefit?“ Und Benefit – machen wir uns nichts vor – muss für eine private Firma Cashflow heißen.

Ganz generell: Die Bevölkerung sieht Gesundheit und Pflege als ein sehr wichtiges Thema; denn Demokratie lebt von einer funktionierenden Solidargemeinschaft. Sozialer Friede sichert den Rückhalt in der Bevölkerung. Dies gilt um so mehr für unsere Arbeit im LVR, für unsere schüt-

zenswerten Patienten. Allerdings sind ja leider die fetten Jahre vorbei.

Für uns bedeutet dies also: Der Respekt vor den uns anvertrauten Menschen erfordert „noch besser werden“, „menschlich bleiben“ und „Bezahlbarkeit gewährleisten“; denn nur so kann drohende Privatisierung auf Dauer verhindert werden.

Frau Lubek, Sie haben es ja gewusst; Gutachten haben es verdeutlicht: Der Königsweg zur Zukunftssicherung der Rheinischen Kliniken führt über die Neustrukturierung von Managementfunktionen und -aufgaben und so zu einem unternehmerisch geführten Verbund der Rheinischen Kliniken.

Quasi nebenbei führen wir die Dachmarke LVR für alle LVR-Einrichtungen ein, im Marketing-Sinne eine wesentliche Voraussetzung für unseren Erfolg.

Wir alle opfern Freizeit und sind mit unserem Herzblut dabei, die Versorgung unserer Patienten für die nächsten Jahrzehnte zu sichern.

Für Ihr fraktionsübergreifendes Engagement, die drohende Privatisierung abzuwenden, möchte ich Ihnen deswegen allen danken.

(Beifall)

Und nicht zuletzt unserer Verwaltung, die unsere Ideen zur Zukunftssicherung unserer Kliniken schnell, tatkräftig und umfassend umgesetzt hat. – Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Danke, Frau Dr. Schreiber. – Herr Detjen bitte.

Detjen (Die Linke.): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir werden der Neufassung der Betriebssatzung der LVR-Kliniken nicht zustimmen.

(Paßmann, FDP, die Hände über dem Kopf zusammenschlagend: Ach!)

Die Vorgaben, die das BDO-Gutachten gemacht hat, unternehmerisch – –

(Paßmann, FDP: Sie glauben immer noch an die Privatisierung?)

– Nein, nein, nein! Hören Sie mal zu, Herr Paßmann; dann werden Sie meine Kritik schon hören.

Die Vorgaben des Gutachtens, unternehmerisch zu handeln, werden jetzt in der Betriebssatzung umgesetzt. Ob Sie in Ihrer weiteren Politik sogar so weit gehen, wie es im BDO-Gutachten steht, dass die politischen Gremien eine Orientierung an der Rendite wahrnehmen sollen – so heißt es in dem Gutachten –, und ob das ein Kriterium sein wird, werden wir in den nächsten Monaten sehen.

(Runkler, FDP: Sie betreiben bewusste Angstmache! Unglaublich, unglaublich!)

Sie machen jetzt die Betriebsleitungen stark. Das ist die Absicht der Betriebssatzung; das geht ja auch aus ihr klar und deutlich hervor.

(Zuruf von Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Dass die LVR-Kliniken am Markt bestehen sollen, ist überhaupt nicht der Streitpunkt. Darin sind wir uns völlig einig. Das tragen wir auch mit. Es ist nur die Frage: Wodurch unterscheiden sich die LVR-Kliniken gegenüber normal, privat geführten Kliniken? Worin unterscheiden sie sich? Und diesen Unterschied kann ich nicht mehr erkennen. Das ist unsere Kritik an der Angelegenheit.

(Beifall von Busche und Müller, Die Linke.)

Meine Damen und Herren, Sie sind den Weg der Privatisierung nicht gegangen. Okay. Es gab kritische Geister bei der SPD und bei den Grünen. Das ist gar keine Frage; das nehme ich zur Kenntnis und akzeptiere es auch. Es gibt sogar Mitglieder der FDP, die nicht auf ihrer Parteilinie arbeiten, wie ich gerade vernommen habe. Auch das begrüßen wir.

Aber es ist doch einfach die Frage: Wie wird ein gemeinwirtschaftlicher Betrieb geführt? Das ist die entscheidende Frage. Und sich zu entlehnen und sozusagen private Formen zu nehmen, um dies als d i e Lösung zu sehen, dem kann ich nicht folgen. Das ist doch die entscheidende Aufgabe.

(Beifall von Busche und Müller, Die Linke.)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, die Präambel der Betriebssatzung durchgucken, werden Sie darin das Wort „gemeindenah“ finden. Das ist ja okay, aber mehr steht nicht darin. Es steht nicht darin, dass wir die Kliniken wollen, um die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Darin steht nicht, dass wir die Kliniken als Steuerungsinstrument haben wollen – usw. usf. –, was ich unter gemeinwirtschaftlichen Unternehmen verstehe.

Es steht auch gar nichts zu den Beschäftigten darin. Gemeinwirtschaftliche Unternehmen haben aber die Verpflichtung, eine gemeinsame Strategie mit den Beschäftigten zu entwickeln. Sie jedoch tun so, meine Damen und Herren, als ob das alles mit dem Personalrat abgestimmt sei.

Sie wissen aber ganz genau, dass es so nicht ist, sondern dass es erhebliche Bedenken – –

(Paßmann, FDP: Sie hetzen die doch auf!)

– Ich hetze doch überhaupt keinen auf! Sie beschließen doch jetzt die Betriebssatzung.

(Zuruf von Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

– Warum regen Sie sich denn überhaupt auf? Sie beschließen gleich die Betriebssatzung, und dann ist die Sache erst mal auf den Tisch gebracht.

Ansonsten spreche ich an, dass diese Linie, wir als LVR-Betriebe orientieren uns nur an privaten Formen der Hierarchisierung, autoritären Strukturen usw., nicht der Weg sein kann, Herr Paßmann. Das kann nicht der Weg sein!

(Beifall von Busche und Müller, Die Linke.)

Das ist es, was ich betone. Ich glaube, unsere neue Fraktion wird bei diesem Thema ansetzen. Ich bin mir sicher, dass es bei den anderen Fraktionen auch Akteure gibt, die an dieser Diskussion interessiert sind.

(Paßmann, FDP: Die haben Sie immer eingeladen!)

Herr Rolle, eines möchte ich doch noch bemerken. Sie haben gesagt, dieses Konzept sei revolutionär. Ich möchte sagen: Dieses Konzept ist konservativ – um mal die Polarisierung klarzumachen. „Revolutionär“ heißt, die Zukunft verändern, etwas Neues entwickeln, neue Formen der Strukturen entwickeln usw. Aber das, was Sie hier machen, ist doch nichts anderes, als private Formen, also konservative Formen, einfach aufzugreifen und zu sagen: Jawohl, das ist die Lösung.

Dazu kann ich nur sagen: Das wird nicht die Lösung sein. Wir werden weiterhin im Landschaftsverband eine Diskussion bekommen, die sich daran orientieren sollte, wie man gemeinwirtschaftliche Unternehmen führt. Dass dazu viel Gehirnschmalz nötig ist, ist völlig klar und gar keine Frage. Wir haben auch nicht die Patentlösung dafür. Aber an einem gemeinsamen Diskussionsprozess auch mit ver.di, mit den Personalräten und mit SPD und Grünen über diese Frage bin ich sehr interessiert.

Aber wenn wir diese inhaltliche Diskussion nicht entwickeln, wird nicht viel übrigbleiben – außer der privaten Form. Das kann, glaube ich, nicht der Sinn und der Zweck der Sache sein. – Danke schön.

(Beifall von Busche und Müller, Die Linke.)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. – Das trifft zu.

(Unruhe – Glocke des Vorsitzenden)

– Ich darf um Aufmerksamkeit bitten. – Danke schön.

Wenn keine Wortmeldung mehr gewünscht wird, was der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Wer der Vorlage Nr. 12/4530 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Danke schön. Das ist die Mehrheit von SPD, FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und CDU-Fraktion.

(Paßmann, FDP: Das ist die Wahrheit!)

Wer stimmt dagegen? – Das sind die drei Kollegen der Linken. Enthaltungen sind nicht mehr möglich.

Dann ist mit großer Mehrheit diese Vorlage **beschlossen** worden.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Tagesordnungspunkt 6:

Anfragen der Mitglieder der Landschaftsversammlung

Sie liegen mir nicht vor.

Ich darf Ihnen noch rasch zwei Hinweise geben. Sie werden am Ausgang eine Einladung für den 18. und 19.09., den LVR-Tag finden, diesmal in Köln, den wir ja in Bonn begonnen hatten. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie die Zeit fänden, hier vorbeizuschauen.

Die nächste Landschaftsversammlung wird am 1. Oktober 2009 stattfinden. Damit ist die heutige geschlossen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

(Schluss: 11.19 Uhr)